

Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 229/ 2021
Kiel, Mittwoch, 18. August 2021

Migration/ Landesaufnahmeprogramm Afghanistan

Jan Marcus Rossa: Wir müssen besonders die Menschen schützen, deren Leben durch die Taliban bedroht ist

Zum Beschluss der Innenminister heute, dass der Bund ein gemeinsames Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge aus Afghanistan vorlegen soll, erklärt der migrationspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Jan Marcus Rossa**:

„Es ist wichtig, dass jetzt zügig ein Aufnahmeprogramm erarbeitet wird, um die Menschen zu schützen, die um ihr Leben bangen müssen. Auch die deutsche Politik trägt Verantwortung dafür, dass Menschen in Afghanistan in Lebensgefahr schweben und deshalb ist es richtig, dass wir diesen Schutz in Deutschland anbieten.“

Mit unserem Landesaufnahmeprogramm müssen insbesondere die Menschen geschützt werden, die nach der Machtübernahme der Taliban besonders hohen Risiken ausgesetzt sind. Dazu gehören sicherlich auch Frauen und Kinder von Angehörigen, die bereits in Schleswig-Holstein leben. Die Landesregierung darf aber nicht unberücksichtigt lassen, dass es auch andere Personengruppen in Afghanistan gibt, deren Leben unmittelbar bedroht ist, weil sie sich in der Vergangenheit gegen die Taliban gestellt haben. Fragwürdig ist daher, wenn Bevölkerungsgruppen einseitig bevorzugt werden sollen, ohne die konkrete Gefährdung des Einzelnen zu prüfen. In erster Linie muss es darum gehen, Menschenleben zu retten, unabhängig von Geschlecht und Lebensalter. Einen besonders hohen Schutzanspruch müssen alle Menschen haben, die unmittelbaren lebensgefährlichen Bedrohungen ausgeliefert sind und die sich ohne unsere Hilfe nicht schützen können. Dabei darf es keinen Unterschied machen, ob es sich um Frauen, Kinder, Männer, Kriegsversehrte etc. handelt. Unsere Landesregierung muss klare und nachvollziehbare Kriterien erarbeiten und veröffentlichen, mit denen eine Priorisierung der zu schützenden Menschen sichergestellt werden kann. Die Auswahl der Menschen, die wir in Deutschland aufnehmen, muss rechtsstaatlichen Prinzipien entsprechen und am Ende auch einer gerichtlichen Überprüfung standhalten. Nichts wäre schlimmer, als wenn wir mit unserem Landesaufnahmeprogramm Menschen den Schutz versagen,

die viel größeren Gefahren ausgesetzt und daher schutzwürdiger sind als die Aufgenommenen.“